

Entschließungsantrag

von 23 Abgeordneten zur weiteren Ausgestaltung der Umweltunion
zwischen beiden deutschen Staaten und in globaler umweltpolitischer
Verantwortung

Zur weiteren Ausgestaltung der Umweltunion zwischen beiden deutschen Staaten und in globaler umweltpolitischer Verantwortung möge die Volkskammer beschließen:

Wir begrüßen das Umweltrahmengesetz als einen wichtigen Schritt zur Schaffung einer Umweltunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Es stellt einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung der ökologischen und sozialen Marktwirtschaft dar. In der Durchsetzung des Umweltrahmengesetzes besitzen die Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik jetzt die einmalige Chance, mit Hilfe der Bundesrepublik Deutschland notwendige strukturelle Veränderungen einzuleiten und die katastrophale Umweltbelastung schrittweise abzubauen.

Als eine der größten Industrienationen der Welt trägt ein vereintes Deutschland aber auch eine besondere globale umweltpolitische Verantwortung. Die weltweiten Umweltbelastungen, die in der drohenden Klimakatastrophe gipfeln, erfordern vor allem in den Industrienationen als deren Hauptverursacher umweltpolitische Neuorientierungen.

Die Regierungen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sowie eine zukünftige gesamtdeutsche Regierung haben deshalb die Verpflichtung, schnellstmöglich zukunftssichernde Konzepte zum Schutz der Umwelt, insbesondere auf den Gebieten der Energie- und Verkehrswirtschaft sowie des

Ressourcenschutzes unter Beachtung folgender Schwerpunkte zu entwickeln:

1. Energiekonzept

- Effizienzsteigerung der Energienutzung
- Energieeinsparung
- kostendeckende lineare Tarife
- Dezentralisierung
- erneuerbare Energien

2. Verkehrskonzept

- Vorrang des Transportes auf Schienenfahrzeugen gegenüber Kraftfahrzeugen
- Förderung öffentlicher Verkehrsmittel
- Minderung der Schadstoffemissionen - Neuregelung von Kraftstoffpreisen und Kfz-Steuern
- Tempolimit und Alkoholverbot

3. Ressourcennutzungskonzept

- Förderung rohstoffsparender, abfallarmer und umweltfreundlicher Technologien
- Vorrang der Abfallvermeidung und -verwertung vor Entsorgungsverfahren
- Beibehaltung eines Sekundärrohstoffeffassungssystems

4. Weitere Umweltkonzepte

- im Bildungssektor (ökologische Bildung und Erziehung im Vorschulalter, an allgemeinbildenden Schulen, Berufsschulen, Fach- und Hochschulen; Einführung ökologischer Ausbildungsfächer und Studienrichtungen an Fach- und Hochschulen)
- in der Forschung (Umweltschutztechnik, ökologischer Landbau, Ökosystemforschung, Umwelthygiene und Gesundheit)
- für die Konversion militärischer Ausrüstungen und Objekte.

Die Regierung der DDR wird beauftragt, entsprechende Konzepte bis 20. 9. 1990 zu erarbeiten und in der deutsch-deutschen Umweltkommission zur Beachtung bei der weiteren Ausgestaltung der Umweltunion einzubringen.

Dr. Ernst Dörfler, Bündnis 90/Grüne
Reinhard Weis, SPD
Frank Jauch, SPD
Johannes Gerlach, SPD
Peter Oleikiewitz, SPD
Michael Leja, CDU/DA
Dr. Gunter Bechstein, CDU/DA
Bertram Hoenicke, CDU/DA
Christoph Brandt, CDU/DA
Dr. Peter Dierich, CDU/DA
Hans Zimmermann, CDU/DA
Ulrich Klinkert, CDU/DA
Angela Kummert, PDS
Prof. Helmar Hegewald, PDS
Renate Schneider, DSU
Gerry Kley, Die Liberalen
Werner Marusch, DBD/DFD
Frieder Jelen, CDU/DA
Peter Hildebrand, Bündnis 90/Grüne
Sabine Landgraf, DSU
Dr. Ingrid Bittner, PDS
Angelika Barbe, SPD
Wolfgang Ehlers, CDU/DA

Berlin, 19. Juli 1990